

400 Prozent mehr Sauen

BIOGASANLAGE Gegner befürchten durch
Mais-Monokulturen große Schäden

BAD SOBERNHEIM/NUSS-BAUM (ttt). Kreisjägerschaft, Hegering, die Kurhäuser Menschel und Dhonau sowie zwölf nicht genannte Bauernhöfe haben nun ihre bereits angekündigten elf Argumente gegen die im Westen Bad Sobernheims angedachte Biogasanlage vorgelegt. „Nach unserer Meinung ist das Projekt Agrargasanlage für die Region Bad Sobernheim deutlich von Nachteil“, erklärt für die Gruppe Klaus Nieding, man lehne daher die geplante Anlage ab. Gleichwohl stellt Nieding fest: „Wir sind für die Einführung, Förderung und den Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Folgen für die Umwelt

Die von der Gruppe vorgelegten umfangreichen Punkte sind mittlerweile durchweg bekannt. Eine Biogasanlage sei schädlich für die Umwelt, Energieeffizienz und die CO₂-Bilanz seien negativ. Der Geflügelmist und die Gülle müssten mit allen Folgen für die Umwelt von weit hergeholt werden, damit werde das Nahetal bei Sobernheim „zum Sammelplatz dieser Stoffe aus anderen Regionen Deutschlands“.

Es werde nicht bei den vom möglichen Anlagenbetreiber Abo Wind prognostizierten 250 Hektar Maisanbaufläche bleiben, erklärt Nieding. Die vom Unternehmen angegebenen 14000 Tonnen Gräser, Getreide und Sonnenblumen seien im Umfeld von Bad Sobernheim bei den hier herrschenden klimatischen Bedingungen nicht zu erzeugen. Folge: „Daher wird diese Menge über kurz oder lang durch Mais ersetzt

werden.“ Mehr Mais bedeute aber auch mehr Wildschweine. Die Population der Schwarzkittel werde sich auf bis zu 400 Prozent steigern, sagt Nieding voraus – mit der Folge, dass die Schweine in Felder einbrechen und nach der Ernte in die Weinberge. Diesen Schaden hätten dann die Jagdpächter zu ersetzen.

Insolvenzquote gestiegen

Eine Biogasanlage biete nach Ansicht der Gegner weder Gewerbesteuererinnahmen, noch schaffe sie maßgeblich Arbeitsplätze. Auch sei die Insolvenzquote bei solchen Betrieben deutlich angestiegen, deshalb ist für Nieding und seine Mitstreiter auch „die propagierte Bürgerbeteiligung äußerst kritisch zu sehen“. Beteiligte Bürger seien im Falle einer Insolvenz in der Haftung.

Die Gegner der Anlage befürchten, dass es über „Erweiterungsgenehmigungen“ oder über umfangreiche Betriebsgenehmigungen vor dem Start der Anlage zu einer Verarbeitung von Speiseresten, industriellen Abfällen aus Nahrungs- und Futtermittelindustrie komme, die von der ursprünglich dargestellten Betriebsform deutlich abweicht. Die Kommunalpolitik habe darauf dann keinen Einfluss mehr. Geruchsbelästigungen gingen dann – bei über 70-prozentiger Westwindrichtung – „voll zu Lasten der Stadt Bad Sobernheim und den umliegenden Kurhäusern“, sagt Nieding voraus. Ob der auch für die Winzerschaft wichtige „Bad-Titel“ dann noch gehalten werden kann, sei „zumindest zweifelhaft“.